

Kathrin Müller (E-Mail: Kathrin.Mueller.07@uni-duesseldorf.de)

Governancestrukturen in der russischen regionalen Sozialpolitik Permskij Kraj und Nizgorodskaja Oblast` im Vergleich

Kurzexposé:

Thematik und Relevanz

Das Erkenntnisinteresse der Dissertation besteht in der Interaktion staatlicher und nichtstaatlicher Akteure (NGOs) in der Sozialpolitik auf der regionalen Ebene in Russland, d.h. darin, welche institutionellen Rahmenbedingungen dafür vorliegen, welche Akteure beteiligt sind, welche formalen und informalen Interaktionsmuster im Aushandlungsprozess politischer Inhalte vorzufinden sind und wie Politikergebnisse zustande kommen.

Die Relevanz dieses Forschungsvorhabens ergibt sich u.a. aus der Zentralisierung der Macht in der Russland seit 2000 verbunden mit einer Konzentration der Russlandforschung auf das „Phänomen Putin“ und der vergleichsweise schwächeren Erforschung der vielfältigen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die russischen Regionen. Um der stark geführten Diskussion um den Demokratiegehalt des russischen politischen Systems zu entgehen und stattdessen Fakten als Grundlage für diese Diskussion darzustellen, orientiert sich die Dissertation theoretisch und methodisch am akteurzentrierten Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz Scharpf (Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz (Hrsg.) 1995: Gesellschaftliche Selbstregulung und Politische Steuerung. Frankfurt a.M.; Scharpf, Fritz (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Wiesbaden). Mit Hilfe dieses Ansatzes können Interaktionen aller am politischen Prozess beteiligten Akteure unter Einbeziehung vielfältiger Aspekte (Akteure, deren Interessen, Institutionen, historische Entwicklung, konkrete Verhandlungssituation u.ä.) dargestellt und nach Erklärungen für sie gesucht werden. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist die Überprüfung dieses Ansatzes hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf ein semiautoritäres politisches System relevant.

Fallauswahl

Die Dissertation wird als theoriegeleitete vergleichende Analyse im Bereich der Sozialpolitik zwischen 2000 und 2009 in den Regionen um Niznij Nowgorod und um Perm durchgeführt. Beide Regionen haben seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine ähnliche Wirtschaftsstruktur und sozio-ökonomische Entwicklung, in beiden sind NGOs überdurchschnittlich aktiv. Perm wird jedoch als „Hauptstadt der Zivilgesellschaft“ bezeichnet mit einem starken Einfluss von NGOs, in Niznij Nowgorod wird dagegen die Bedeutung der Zivilgesellschaft nicht hervorgehoben. Bei sonst ähnlichen Rahmenbedingungen variiert der Einfluss nichtstaatlicher Akteure, so bestehen gute Voraussetzungen für den kontrollierten Vergleich der regionalen Governancestrukturen. Die konkret

untersuchten Fälle liegen in den Politikfeldern Engagementpolitik, Behindertenpolitik und Wohnungspolitik.

Datenerhebung

Aufgrund der lückenhaften Datenlage war eine qualitative Datenerhebung erforderlich. Diese wurde 2008 durchgeführt. 42 Interviews mit für die Thematik relevanten Akteuren aus staatlichen Institutionen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie Dokumentationen, Berichte und Sekundärliteratur bilden die empirische Grundlage der Dissertation.

Ergebnisse

Folgende erste Ergebnisse können bereits festgehalten werden:

1. In beiden Regionen vertreten NGOs zunehmend professionell ihre Interessen in den untersuchten Politikfeldern und es gibt staatliche Akteure, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in konkreten Projekten zusammen arbeiten, um soziale Probleme effektiver zu lösen und die Unterstützung bestimmter Bevölkerungsteile zu sichern.
2. Unterschiede liegen darin, mit welcher Art von NGOs staatliche Akteure interagieren. In Perm kann man von einer Zusammenarbeit mit allen, auch kritischen und politisch oppositionellen Akteuren sprechen, vor allem Menschenrechtsorganisationen genießen einen guten Ruf und Einfluss. In Niznij Novgorod dagegen wird vor allem mit loyalen NGOs zusammengearbeitet. Oppositionelle Gruppierungen werden aktiv bekämpft, auch wenn sie zu Interaktion bereit sind.
3. Trotz Interaktion in den untersuchten Politikfeldern, Entwicklung gemeinsamer Projekte und Einbindung in die Ausarbeitung von Gesetzen ist der Zugang zur Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren für NGOs in beiden Regionen nicht transparent, erfolgt meist informal und getroffene Vereinbarungen kommen nicht immer zur Umsetzung. Entscheidend sind in beiden Regionen das Interesse der staatlichen Institutionen an einer Zusammenarbeit und die Ressourcen der NGOs.

Die Dissertation entsteht im Rahmen des Forschungsprojekts »Politische Steuerungsformen in Osteuropa. Regulierung durch Recht und soziale Normen«, finanziert durch die METRO-Stiftung für Wissenschaftliche Zusammenarbeit.